



Solidarität

Organ des Verbandes der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. — Preis vierteljährlich 2.— Mark. — Einzeln die dreispaltige Beilage 1,25 Mark, Cobden- und Versammlungsanzeigen die Beile 10 Pfennig. — Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. — Eingetragen unter obigem Titel im Post-Zeitungsverzeichnis.

Für die Woche vom 1. bis 7. August 1920 ist die Beitragsmarke in das mit 32 bezeichnete Feld des Mitgliedsbuches zu kleben.

Mitteilungen des Verbandsvorstandes.

Eine Mitgliederversammlung der Bezirksstelle Coblenz hat beschlossen, den Lokalbeitrag für männliche Mitglieder auf 30 Pfg. und für weibliche Mitglieder auf 20 Pfg. zu erhöhen. Außerdem soll jedes Mitglied einen einmaligen Betrag von 2.— Mk. in die Ortskasse abführen.

Der Verbandsvorstand gibt hierzu seine Genehmigung.

Der Verbandsvorstand.

J. A. C. Pucher, 1. Vorsitzender.

Unser Weg.

I.

Die Frankfurter Tagung hat endlich Klarheit gebracht. In langen Reden ist die Einigkeit der Hilfsarbeiterchaft besonders betont worden, und es gab keinen Sprecher, der nicht vor Konflikten gewarnt und den Gegnern seine Anschauung bringend ans Herz gelegt hätte, die Kraft der Organisation nicht durch leichtfertige Experimente zu schwächen. Die Arbeiten der Verbandsleitung wurden sieben Tage lang kritisiert, jeder, der zu Worte kam, sprach gut oder schlecht von dem, was war und wollte es natürlich für die Folge besser haben. Die vielen Wünsche und Beschwerden, die in den Anträgen zur Generalversammlung festgelegt waren, sagten eigentlich schon vor der Tagung, wie hoch die Erwartungen waren und von den Vorführern der Opposition wurde darauf hingewiesen, daß in der Annahme oder Würdigung ihrer Anträge die Grundlage für ein godeschliches Zusammenarbeiten gefunden werden kann. Natürlich konnte die andere Seite mit demselben Argument für ihre Vorschläge operieren, tat das auch, und so kam es, daß eine Verständigung wie immer bei Verhandlungen auf der goldenen Mittellinie zustande gebracht wurde. Jede Seite betonte den guten Willen, nur im Allgemeininteresse zu sprechen, und da war es schließlich nicht so schwer, zuletzt doch eine Einigkeit im Handeln zu erzielen.

Der Verbandstag hatte die Pflicht, die Arbeiten für die Verbandsleitung in der kommenden Periode klar und unabweidertig vorzuschreiben. Der Meinungsstreit über den Wert und die Notwendigkeit zentraler Abkommen für die Regelung der wirtschaftlichen Verhältnisse der Hilfsarbeiter mußte endlich geklärt werden. Die Bedeutung der Tarifverträge im allgemeinen und für die Hilfsarbeiter des graphischen Gewerbes im besondern wurde von der übergroßen Mehrheit der Vertreter des Verbandes richtig gewürdigt. Es fiel keinem Delegierten ein, den Tarifvertrag als Allheilmittel zu preisen, jebermann wußte, daß Verträge mit unsern Unternehmern und nicht mit einem Schläge aus dem wirtschaftlichen Glend befreien, daß sie nur eine Etappe auf dem Wege zur Befreiung der Arbeiterklasse aus ihrer sozialen Lage bilden. Bei der Beschlußfassung über die Stellungnahme zu dem geplanten Manteltarif für das gesamte graphische Gewerbe blieben schließlich die grundsätzlichen Tarifgegner in hoffnungsloser Minderheit. Mit 86 gegen 12 Stimmen der Berliner Opposition, von der noch die beiden verantwortlichen Leiter der größten Bezirksstellen absprangen, kam die vorgelegte Entschlie-

zung Annahme, in der zum Ausdruck gebracht wurde, daß im Abschluß von Tarifverträgen das zurzeit zweckmäßigste Mittel zu erblicken ist, um die ideellen und wirtschaftlichen Interessen aller Berufsangehörigen zu fördern.

Diese Entschliebung wurde am 6. Verhandlungstage zum Beschluß erhoben, durch Rede und Widerrede waren endlich die Meinungen geklärt, gründlich hatte man das während der letzten Verhandlungsperiode Gewollte und Vollbrachte gewürdigt. Bei jedem Gegenstand der Tagesordnung wurden Arbeits- und auch Tarifgemeinschaften einer Kritik unterzogen, und doch zwangen zum Schluß die harten Tatsachen viele Widersacher, zentrale tarifliche Abmachungen für die Hilfsarbeiter zu empfehlen.

Mit diesem Beschluß, der vorläufig nur papierenen Wert besitzt, ist natürlich noch nicht gesagt, daß wir Hilfsarbeiter bestimmt und endlich dem Beispiele der anderen Arbeitergruppen im graphischen Gewerbe folgen werden. Festgelegt sind damit nur die Richtlinien für unsere künftige Tätigkeit im wirtschaftlichen Kampf. Die Einheitlichkeit des Handelns aller Berufsangehörigen zur Erzielung und Sicherung wirtschaftlicher Erfolge ist in Aussicht genommen. Ein geschlossenes Vorgehen aller graphischen Arbeiter ist empfohlen und als notwendig anerkannt worden, ob aber der einheitliche Wille der organisierten Arbeiter von den Unternehmern ebenfalls Anerkennung finden wird, steht dahin. Die Beschlüsse der Generalversammlungen der vier graphischen Verbände haben zuerst nur Geltung für die Arbeiter, ihre Taktik und Methoden zur Förderung der wirtschaftlichen Interessen ihrer Mitglieder ist damit festgelegt. In welcher Weise und mit welchen Mitteln sie durchgeführt werden können, hängt von der Kraft der Organisationen und dem Entgegenkommen und der Einsicht der Unternehmer ab.

Jede der vier Gruppen im Gewerbe hat ihre besonderen Forderungen. Auch unser Verbandstag hat neben dem Einverständnis mit einem für alle graphischen Arbeiter gültigen Manteltarif die Erwartung ausgesprochen, daß auf das besondere Arbeitsverhältnis der Hilfsarbeiterchaft bei dem Neuauschluß der Gehilfen entsprechende Rücksicht genommen wird. Eine generelle Regelung der Arbeitszeit, Feiertags- und Ueberstundenbegahlung, Ferienfestsetzung soll gleich den entsprechenden Bestimmungen für die Gehilfen erstrebt werden, wenn auch ein besonderer Reichsttarif für Hilfsarbeiter zustande kommt. Und nicht nur eine Gleichstellung der Arbeiterverhältnisse mit denen der gelernten Arbeiter ist verlangt worden, auch die Löhne müssen sich unter Berücksichtigung der jeweiligen Wirtschaftsverhältnisse nach deren Lohnsätzen regeln lassen, ihren Minimalansätzen angepaßt werden.

Der Verbandstag hat wohl erkannt, daß wir als sogenannte ungelernete Arbeiter immer in einem gewissen Abhängigkeitsverhältnis zu unsern gelernten Kollegen stehen werden. Vorherige Verständigung, gegenseitige Unterstützung und auch gemeinsames Vorgehen wird immer notwendig sein. Der Verbandsvorstand hat daher von der Generalversammlung den Auftrag bekommen, sich mit den in Frage kommenden Gehilfenverbänden und deren Tarifinstanzen ins Einvernehmen zu setzen und keine Vorbereitungen aus für den Abschluß eines Sondertarifes der Hilfsarbeiter nach den mit diesen Körperchaften gepflogenen Beratungen zu treffen. Die Kartellierung der vier graphischen Verbände im Graphischen Bund macht eine Verständigung und Beratung sogar zur Pflicht.

Auf dem Verbandstag ist über den Wert der Tarifverträge viel Neues nicht gesagt worden. Befürworter und Gegner haben eigentlich nur ausgesprochen, was jebermann schon vorher wissen mußte und jedenfalls auch gewußt hat. Oft ist das Wort gebraucht worden, keinen Tarif unter allen Umständen, der Abschluß ist nur zu empfehlen, wenn er den Erwartungen der Mitglieder entspricht und ihnen bringt, was sie verlangen müssen. Das ist natürlich leicht gesagt, aber wer entscheidet über ein Verhandlungsergebnis? Schon bei örtlichen Lohnabkommen weigert sich oft die Verhandlungskommission, die Verantwortung für den Abschluß zu übernehmen und überläßt die Entscheidung der Mitgliederversammlung. Bei einer zentralen Regelung ist die Verantwortung der Verhändler noch größer. Hier hat der Verbandstag bestimmt, daß über das Resultat der Tarifverhandlungen, also über den Abschluß eines Reichsttarifes die Gesamtmitgliedschaft durch Abstimmung entscheidet. Damit ist das Mitbestimmungsrecht der Mitglieder bei der Regelung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse in weitestem Maße gesichert und Verbandsvorstand und Verhandlungskommission in gleichem Verhältnis von der Last der Verantwortung befreit. Außerdem kommt noch ein anderes Moment hinzu. Die Mitglieder sind selbst mitverantwortlich und werden sich bei der Tragweite ihres Beschlusses wohl überlegen, wie sie stimmen. Kollege Pucher sagte schon auf dem Verbandstag, wenn die Mitglieder größten Einfluß auf einen Abschluß haben, so werden sie darüber wachen, daß kein Tarif zustande kommt, der sie in ihren Interessen schädigt.

Der gewerkschaftliche Kampf.

Die Entstehung der Gewerkschaftsbewegung ist zurückzuführen auf das Bedürfnis des Zusammenschlusses der immer größer werdenden Zahl derjenigen Berufsschichten, deren Aussicht auf eigene Existenz immer geringer wurde und ihren Anfang bereits zeigte, als in der Zeit der Rünfte sich das Handwerk entwickelte. Die Geschicklichkeit wuchs, die Arbeitsmethoden und Werkzeuge wurden verbessert. Die Blütezeit des Kleinhandwerks datiert etwa vor 400 Jahren, bis der Seeweg nach Indien und Amerika entdeckt wurde. Seit dieser Zeit hat sich die Zahl der Lohnarbeiter vermehrt. Noch in den neunziger Jahren gab es in der Leinwandweberei Lohnarbeiter (Heimarbeiter), welche im Sommer ihre kleine Landwirtschaft betrieben und sich im Winter mit Frau und Kind an den Webstuhl oder Spinnrad setzten, um ihr kümmerliches Dasein fristen zu können. Aus der Gegend der Tschentndweberei stammend, könnte ich so manches traurige Bild dieser Weber schildern. Durch die immer größer werdende Zahl der Großbetriebe jeder Berufsart wuchs auch demzufolge die Arbeiterklasse und somit auch das Bedürfnis nach Berufsverbänden als Vertreter ihrer Interessen. Die Zeiten, da der Handwerksgehilfe zur Familie des Meisters gehörte, waren vorbei, schon aus dem Grunde, weil der Meister nur das Interesse haben konnte, so viel wie möglich Profit aus der Arbeitskraft des Gesellen herauszuholen. Schon durch die rapide Entwicklung des Großbetriebes war es dem Handwerksgehilfen nicht möglich, sich ohne Kapital eine Existenzmöglichkeit zu beschaffen. Er wurde deshalb zum Lohnarbeiter herabgedrückt und konnte im Höchstfalle im kapitalistischen Ausbeutungssystem seiner Arbeitsbrüder gegenüber als Antreiber und Ausbeuter dienen. Die große Masse jedoch wurde

gezwungen, sich dem Kapitalismus zu unterwerfen und mit dem Los eines Proletariats zu Gunsten der kapitalistischen Profitwirtschaft verliere zu nehmen. Diese Entwicklung hatte zur Folge, daß sich das Proletariat Berufsverbände schuf, um dadurch der schrankenlosen Ausbeutung der Kapitalisten einen wirksamen Damm entgegenzusetzen und ihre wirtschaftliche Lage zu heben. Noch heute kann man bei verschiedenen Berufsverbänden die Festsitzung machen, daß ihre Entstehung in die Zeit der Kämpfe fällt und durch das stete Wachsen der proletarischen Massen zu der heutigen mächtigen Organisation gelangt ist. Im Laufe der Zeit haben allerdings diese Organisationen einen anderen Charakter angenommen, als es ursprünglich der Fall war. Infolge der Hindernisse die sie zu überwinden hatten, sowie die immer mehr drohende Gefahr der kapitalistischen Ausbeutung, gewannen sie an Kampfkraft, deren Höhepunkt am Vorabend des Weltkrieges erreicht war.

Durch den famosen Burgfrieden zwischen Kapital und Arbeit 1914 und später, als in verschiedenen Betrieben der Burgfrieden sehr bedrohlich wurde, schuf man das Hilfsdienstgesetz, um die rebellischen Arbeiter der kapitalistischen Profitwirtschaft des Unternehmers gefügiger zu machen. Schon aus Mitleid mit seiner Familie und der Andeutung des Schützengrabens ist mancher Arbeiter von dem Gebrauch des Koalitionsrechtes zurückgeschreckt. Endlich aber nach 4 1/2 Jahren vergeblichen Ringens um die Weltherrschaft des Kapitals der verschiedenen Nationen und der vorangegangenen Niederlage des Sozialismus, brach auch das militäristische Deutschland zusammen. Die Proletarier hatten genug des Wortes und haben ein, daß der Kampf nicht ihren Interessen diene und erkannten, daß sie von der herrschenden Kapitalistenklasse irreführt waren. Auch die eifrigsten Durchhalte-Politiker kamen zur Erkenntnis; die Massen fluteten der Heimat zu und konnten in dem zusammengebrochenen Wirtschaftsleben nicht so schnell untergebracht werden. Das Unternehmertum lag auch tatsächlich am Boden und traute sich aus seinem Schlupfwinkel nicht heraus aus Angst, man würde nun mit ihm endgültig abrechnen. In diesen historischen Tagen fehlte es an Kräften, die das Staatsgeschick zur Zufriedenheit des Proletariats hätten lenken können. Die besten Führer im revolutionären Sinne befanden sich auf dem Wege zur Heimat oder mußten sich notgedrungen von den Strapazen des Krieges erholen. Die politische Herrschaft lag in den Novembertagen in den Händen der Arbeiter- und Soldatenräte, die ohne jegliche einheitliche Parole und ohne Vorbereitung und Schulung im sozialistischen Sinne der ihnen gestellten schweren Aufgaben nicht gerecht werden konnten. Einige Führer vertrauten sich für das Proletariat einzutreten und gaben zu Gunsten der Arbeiterchaft Dekrete heraus, jedoch fehlte denselben der organisatorische Hinterhalt; dazu kam noch, daß sie von Spitzeln der Gegenrevolution und leider durch Unkenntnis eines Teils der Masse niedergebrißt wurden, deren Folgen heute das Proletariat in seiner Gesamtheit zu spüren bekommt. Trotz der vielen Täuschungen,

Lügen und Entbehrungen der blutigen 4 1/2 Kriegsjahre mangelte es bei der Arbeiterchaft an der klaren Erkenntnis und Fähigkeit, die Umwälzung durchzuführen. Die Macht fiel dem Proletariat kampflös und unvorbereitet in den Schoß und das war daher auch nicht fähig, das entsetzliche Feuer und die wachsende Erkenntnis des Besitzes der Macht zu einem Dauerzustand zu machen. In den Führern der Partei und Gewerkschaftsbewegung hatten wir wohl die geeignetsten und fähigsten Personen, um diesen für das Proletariat wichtigen Kampf zum Ziele zu führen, aber auch sie waren sich nicht einig. Sie vergaßen das Interesse des Proletariats an dem Ausgang der Bewegung, indem sie oft nur ihre persönlichen Gegensätze in den Vordergrund stellten. Die Revolution hat dem Proletariat den gewünschten Erfolg nicht gebracht und so sind sie gezwungen, den Kampf von neuem zu eröffnen. Der gewerkschaftliche Kampf muß gegen die Diktatur des Kapitals geführt werden. Durch die Spaltung der politischen Parteien und daraus folgenden Kräftezerpflitterung kommt man immer mehr zu der Erkenntnis, daß die Gewerkschaften den Kampf für die Besserstellung der Arbeiterchaft übernehmen müssen. Als Beweis dient uns der Generalkrieg, zu dem die Gewerkschaften während des Kampfes zum ersten Male griffen und der die mächtigste Waffe darstellte.

Wir, die wir uns aktiv an der Gewerkschaftsbewegung betätigen, haben deshalb den gewerkschaftlichen Kampf zu fördern, und deren Aktionsfähigkeit nach Möglichkeit zu stärken. Das Unternehmertum läßt uns immer deutlicher ihren Herrenstandpunkt fühlen, woraus wir folgern können, daß es keineswegs beabsichtigt, die gepriesene „Betriebsdemokratie“ anzuerkennen. Immer deutlicher lernen wir erkennen, daß es mit jener Ausbeuterklasse, die nur auf ihre kapitalistische Profitgier eingestellt ist auf Kosten des Proletariats, keine Verbrüderung geben kann. Die Kapitalistenklasse denkt nicht entfernt daran, das Proletariat auch nur einigermaßen für gleichberechtigt gelten zu lassen, sondern sie wird mit allen Mitteln dahin streben, uns in die Schranken der vorriegezeitlichen Verhältnisse zurückzuführen. Deshalb müssen wir die Augen offen halten und die Betriebsräte in ihrem Kampf um das Mitbestimmungsrecht im Produktionsprozeß, um den Sozialismus in jeder Weise unterstützen. Sie müssen zugleich auch als vorwärtstreibende Kraft wirken. Rosa Luxemburg führt in ihrer Broschüre „Sozialreform oder Revolution“ in Uebereinstimmung mit Karl Marx aus: „Die Gewerkschaften seien anzusehen als die organische Defensive der Arbeitskraft gegen Angriffe des Profits, als Abwehr der Arbeiterklasse gegen die herabdrückende Tendenz der kapitalistischen Wirtschaft.“

Unsere nächste Aufgabe ist es daher, die Gewerkschaften in aktionsfähige Industrieverbände umzugestalten. Diese Aufgabe zu erfüllen war Sache unserer Delegierten zum Verbandstage zu Frankfurt a. M. Der Generalkrieg der Märztag hat

den Willen zum Ausbruch gebracht, daß das Proletariat die Kraft und den Mut besitzt, ihre gerechten Forderungen durchzusetzen. Zeigen wir es der Kapitalistenklasse, daß wir nun ernstlich gewillt sind, den Sozialismus in Tat umzusetzen. Dazu ist erforderlich — der gewerkschaftliche Kampf!

F. Herbst, Hamburg.

Fünfte Tagung des Ausschusses des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Vom 6. bis 8. Juli tagte der Ausschuss des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes im Berliner Gewerkschaftshaus.

In erster Stelle stand zur Beratung der Geschäfts- und Klassenbericht des Bundesvorstandes für das Jahr 1919.

Die Gesamteinnahmen des Bundesvorstandes betragen 1.270.416,04 Mk. Davon entfallen auf die Titel „Bundesvorstand“ 682.843,11 Mk., „Korrespondenzblatt“ 8892,73 Mk., „Gewerkschaftliche Frauenzeitung“ 363.177,39 Mk., „Operaio Italiano“ 1.201,63 Mk., „L'Avanti“ 20.345,17 Mk. und „Unterstützungskonto“ 193.956,61 Mk. — Die Gesamtausgaben betragen 1.343.304,89 Mk. Hiervon entfallen auf die Konten: „Bundesvorstand“ 461.994,61 Mk., „Korrespondenzblatt“ 166.191,39 Mk., „Gewerkschaftliche Frauenzeitung“ 366.556 Mk., „L'Avanti“ 59.749,36 Mk., „Centralarbeiterkretariat“ 42.338,54 Mk., „Sozialpolitische Abteilung“ 52.518,98 Mk. und „Unterstützungskonto“ 193.956,61 Mk. Der Vermögensbestand betrug 366.700,84 Mk.

Nachdem die Revisoren Bericht erstattet und Decharge beantragt hatten, wurde demgemäß beschlossen. In der Aussprache über den Geschäftsbericht wurden hauptsächlich die Verurteilungen für den vorläufigen Reichswirtschaftsrat erörtert. Dem Deutschen Reichsausschuss für Jugendpflege wurde ein Jahresbeitrag von 500 Mk. bewilligt.

Sobald wurden die Anträge der Gehaltskommission auf Neuordnung der Gehälter der Angestellten des Bundesvorstandes an Stelle der seither gewährten Teuerungszulagen und auf Neuzeitigung der Diäten ohne Vermerkung angenommen. Die Annahme der Gehaltsätze erfolgte mit der Maßgabe, daß diese für weitere außerordentliche Teuerungszulagen regulierbar sein sollten, aber auch bei einem allgemeinen Abbau der Gehälter vermindert werden könnten. Für München wurde zur Beschickung eines Arbeiterimenturiums in der Wohlfahrtspflege ein Zuschuß bewilligt.

Die oberste Gewerkschaftsgenossen haben angesichts der Schwierigkeiten, die dem Eingange der deutschen Gewerkschaftspresse in jenem Gebiet bereitet werden, mit Zustimmung des Bundesvorstandes ein eigenes Gewerkschaftsblatt begründet, das zurzeit keiner Zuschüsse bedarf. Die Bemehrer Genossen wollen ebenfalls ein Gewerkschaftsblatt ins Leben rufen. Hier sind aber noch weitere

Das Lichtflücheln.

Jrgendwo in einem fernen fremden Erdteil, vielleicht auch auf einem anderen, verloren im Uniräum reisenden Stern, grenzen zwei Völker aneinander. Nur ein schmaler Bach, den man in stiller Zeit durchwatet kann, scheidet die beiden Völker; eine Holzbrücke, schwank und morsch, führt hinüber.

So eng die beiden Nachbarvölker gefeilt sind, sie haben nichts miteinander gemein.

Nur eine Million Seelen zählt das eine, in fünfzig Millionen entfaltet sich das andere Volk, aber an Land besitzt die eine Million das fünfzigfache des Raumes, auf dem die fünfzig Millionen hauen.

In dem Volk der einen Million besitzt jeder eine weite Fläche fruchtbarer Landes, jeder Paläste mit zahllosen Räumen, kunstvollen Möbeln und allerlei schwebelgerischem Gerät. Indessen die Paläste verfallen — denn die Hände der Besitzer versteinen sich nicht auf Maurer-, Zimmerer-, Schlosser- und Malerarbeit. Die Möbel erblinden, und das Gerät rostet, denn ihre Arme reichen nicht aus, um auch nur den Staub von den tausend kostbaren Dingen zu entfernen. Nur ein Fenster halten sie noch sauber, um doch durch die Scheiben in die Sonne sehen zu können, und die Felber sind dürr und überwuchert von Unkraut. Nur einige Handbreiten sind mit elendem Korn, Rüben- und Futtergewächsen bestanden. In den Stallruinen stehen traurig ein paar Stück mageren Viehes, krank und schmutzig; wenn sie es schlachten wollen, probieren sie mühselig und grausam stumpfe, rostige und scharfe Messer; denn wer wollte sie wohl bei der Fülle

zu bewältigender Arbeit immer schleifen und säubern? Fällt der Regen nicht reichlich, so geht auch das wenige zugrunde. Die Kleider, die einmal aus edlem Samt und Gold bestanden haben, müssen, sind müde, fleckig und häßlich geworden. Die jungen Fräulein sticheln wohl zur Aufbesserung ihres Kostüms seidenen Zierrat, aber die Vorräte von Garn sind nur noch spärlich. Ekle Düfte brühen über den Palästen.

In den Kellern hat das Volk, jeder einzelne, unendliche Haufen von Gold und Edelsteinen aufgespeichert. Aber alle Rücken zusammen sind nicht stark genug, um auch nur das gemünzte Gold vom Orte zu bewegen.

In der Erde schlummern unbenuzt gewaltige Lager von Kohle und Erzen — wer vermag sie zu fördern?

Zum Schutz gegen die Feinde haben sie Millionen furchtbare Kanonen, Maschinengewehre, Flinten; doch wer soll all die Mordwerkzeuge bedienen? Wahre Gebirge von Pulver und anderen Sprengstoffen türmen sich auf; sie könnten höchstens die ganze Masse auf einmal zur Explosion bringen, aber sie nicht verwerten. In den Häfen der Küste liegen zahllose Panzerschiffe, tot und stumm seit unendlicher Zeit. Plump, sinnlose Klöße; niemand vermag sie zu heizen, zu lenken.

Müde und feindselig sind die Gedanken dieses Volkes, sie denken an Mord, Tod, Zerstörung — sie lassen alles . . .

Jenseits des Baches aber, die fünfzig Millionen drängen sich übereinander in engen Löchern. Der fleißig bestellte Boden reicht nicht aus, um den Hunger zu stillen. Sie haben kein Geld, keine Schätze, keine Kanonen, Gewehre und Panzerschiffe.

Aber ihre starken Arme schaffen ohne Unterlaß. Ach, wenn sie nur Land hätten, Kohle und Erze, Wälder und Wasserkraft! Doch die Natur, in die sie gebaut sind, ist arm und gibt auch dem Schweiß nur geringe Mittel her. Sie arbeiten alle miteinander, schlafen bei offenen Türen, sie haben nichts, das man ihnen stehlen könnte, und sie lieben sich, es fürchtet nicht der Mensch den Menschen. Darum sind sie wohl auch trotz allem Glend so aufrecht, heiter, voll von Sehnsucht und Vertrauen auf ihre Kraft und ihre Zukunft. Heiter sind ihre Gedanken, und sie lachen gern . . .

Den Förstler und Denker, dem ich von diesen beiden Völkern erzählte, fragte ich, wie er sich wohl das Verhältnis der beiden Völker zueinander dachte.

„Das läßt sich, auch ohne daß ich jemals den Fuß in jene Welt gesetzt, mit astronomischer Sicherheit ermeßen. Das Volk der einen Million lebt natürlich in ewiger Sorge, zu verhungern, unter den Trümmern der eigenen Paläste umzukommen. Tag und Nacht schreit sie die Angst, das Nachbarvolk könnte sie überfallen, diese ungeheure physische Uebermacht würde sich ihrer Schätze und Waffen bemächtigen und die Wehrlosen ausröten. Es muß furchtbar sein, in der ewigen Furcht solcher Gefahr zu leben; denn dieses Volk der Million hat nichts — außer tote, für sie unbrauchbare Materie, und die anderen besitzen alles: die Zahl, die Kraft, die Arbeit, den Mut und den hellen, fröhlichen, schaffenden Geist. Und eines Tages werden die fünfzig Millionen auch den Bach überschreiten — aber nicht als Feinde, sondern als Erlöser — sie werden all die ungezügigte, sinnlose Materie, den toten Reichtum zur Auferstehung bringen; diese Grenzüber-

Untersuchungen über die Lebensfähigkeit eines solchen Blattes notwendig. Das Uebereinstimmen mit den Gewerkschaften in Neu-Polen, das am 1. Oktober dieses Jahres abläuft, wurde bis zum 31. Dezember dieses Jahres verlängert. Mit den Gewerkschaften Dänemarks sind Verhandlungen über die Regelung des Uebertritts von Mitgliedern im Gange, die zurzeit noch nicht abgeschlossen sind. Auch mit den Gewerkschaften in der Tschechoslowakei soll erst noch verhandelt werden, ehe die einzelnen Gewerkschaften Uebertrittsvereinbarungen abschließen.

Der Anregung, jungen Juristen (Referendaren) in den Gewerkschaftsbureaus die Möglichkeit einer gewissen Ausbildung zu geben, und sie zugleich der Auffassungen und Bedürfnissen der Gewerkschaften näherzubringen, stimmte der Ausschuss zu. Die Statistische Kommission wurde auf 9 Personen bestimmt und neu gewählt. Der Ausschuss stimmte dem Antrag des Bundesvorstands zu, vierteljährlich die Zahlen der Mitglieder der Gewerkschaften festzustellen und zu veröffentlichen. Die Arbeitslosenstatistik soll möglichst der Reichsregierung überlassen, die Statistik der Lohnbewegungen vereinfacht werden. In der ersten Konferenz der Verbandsvorstände am 28. Juni 1919 in Nürnberg hatte die Generalkommission der Gewerkschaften aus Anlaß eines Grenzstreits zwischen den Verbänden der Fabrikarbeiter und der Porzellanarbeiter dem Vorstand des Fabrikarbeiterverbandes die Abgabe einer Zusicherung zugesagt, daß sie nicht daran denke, dem Verband wichtige Organisationsgebiete zu entziehen. Diese Erklärung, die damals noch der näheren Formulierung bedurfte, ist nunmehr genau präzisiert worden.

Am zweiten Tage setzten die Beratungen über die Organisation der Betriebsräte und die Herausgabe einer Betriebsräte-Zeitung ein. Mit den gleichen Fragen hatte sich eine am 5. Juli in Berlin stattgehabte Konferenz und über die seither in Gemeinschaft mit der „Afa“ getanen Schritte zur Zusammenfassung und Schulung der Betriebsräte. Der Vorstand des Deutschen Metallarbeiterverbandes wünscht die Einsetzung eines Beirats bei der Gewerkschaftlichen Zentrale der Betriebsräte sowie eine direkte Vertretung in der letzteren. Der Einsetzung eines Beirats wurde zugestimmt. In diesem sollen die Arbeiter- bzw. Angestelltenmitglieder der Betriebsräte aller Gruppen vertreten sein. Die Namhaftmachung der Vertreter wurde den Vorständen der an den betreffenden Gruppen beteiligten Gewerkschaften überlassen. Ueber die Vertretung des Vorstandes des Metallarbeiterverbandes kam es zu einer längeren Aussprache, in der betont wurde, es dürfe daraus für den Metallarbeiterverband ein Sonderrecht abgeleitet werden. Schließlich kam man überein, die Zahl der Mitglieder der Reichszentrale auf sechs (drei Vertreter des A. D. G. B., zwei der Afa und der Sekretär) festzusetzen und gab dem Bundesvorstand anheim, bei der Wahl seiner Vertreter den Metallarbeiterverband zu berücksichtigen. Die „Betriebsräte-Zeitung“, deren erste Nummer vorlag, soll vorerst monatlich im Umfange von acht Seiten erscheinen.

Sie wird von Dr. Striemer redigiert und den Betriebsräten durch ihre Gewerkschaftsvorstände zugestellt. Von der Gewerkschaftlichen Zentrale der Betriebsräte sind bereits eine Reihe Musterentwürfe für Geschäftsordnung, Arbeitsordnung, Richtlinien für Einstellungen und Entlassungen aufgestellt, die der Begutachtung der Gewerkschaftsvorstände überwiesen wurden. Die Geschäftsordnung für die örtlichen Betriebsrätezentralen fand keinerlei Widerspruch.

Im Mittelpunkt der Tagung stand eine Aussprache über Industrieorganisation im Baugewerbe und in den Lebensmittelberufen. Sie wurde durch den Vorsitzenden des Fabrikarbeiterverbandes durch eine längere Rede eingeleitet, in der der Beunruhigung infolge dieser neuen Bestrebungen Ausdruck gegeben wurde. Auch andere Vorstandsdirektoren schlossen sich diesen Besichtigungen an, insbesondere die Vertreter der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände. Die Idee der Industrieorganisation wurde dagegen verteidigt von den Vertretern der Bauarbeiter und Metallarbeiter. Die Debatte fand ihren vorläufigen Abschluß in der Einsetzung einer Studienkommission von elf Personen, die gemeinsam mit dem Bundesvorstand und dem Vorstand der Afa die Frage der Schaffung von Industrieverbänden für Hand- und Kopparbeiter prüfen und der nächsten Ausschußsitzung Bericht erstatten soll, sowie mit der Annahme eines Antrages Geibel, worin der Bundesausschuss erklärt, daß die Idee der Industrieorganisation nach den Wünschen der Bau- und Metallarbeiter mit dem § 5 der Bundesstatuten im Widerspruch stehe und so lange nicht verwirklicht werden könne, als nicht der Gewerkschaftskongress diese Satzungen geändert habe. Von seiten des Beirats des Bauarbeiterverbandes wurde wiederholt erklärt, daß dieser nicht daran denke, seine Bestrebungen anders als im Wege der Verständigung mit den in Frage kommenden Verbänden durchzuführen.

Das Internationale Gewerkschaftsbureau in Amsterdam beauftragt die Abhaltung eines internationalen Gewerkschaftskongresses im November 1920. Der Ausschuss stimmte diesem Vorschlag zu und beschloß, elf Vertreter zu belegen.

Mit den Zentralleitungen der christlichen Gewerkschaften und Hirsch-Dunkerischen Gewerksvereine ist eine Erklärung gegen den Organisationszwang vereinbart worden, welcher der Ausschuss nach längerer Debatte gegen wenige Stimmen sich anschloß.

Ferner wurde gegen drei Stimmen eine Erklärung gegen die Rundgebung der Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände betreffend Lohnabbau angenommen.

Sinnföchtig die Frage der Anrechnung der Beiträge bei Uebertritten von Mitgliedern wurde eine Kommission von fünf Personen eingesetzt, um diese Angelegenheit nochmals eingehend zu prüfen. Der Zentralverband der Arbeitsunfähigen Deutschlands ersucht den A. D. G. B. um die Gewährung eines Zuschusses für Agitations- und Verwaltungszwecke. Der Bundesvorstand hat dieses Begehren abgelehnt.

Schreitung wird das Paradies erschaffen. So ist's. Ich wette meinen Professorenkopf darum; es kann nicht anders sein!

„Das glaubte ich anfangs,“ erwiderte ich, „aber als ich näher zusah, entdeckte ich, daß alles genau umgekehrt war. Sie haben ihren Professorenkopf verwettet!“

„Unmöglich,“ sagte der Forscher und Denker unerschütterlich.

„Unmöglich? Vielleicht. Aber jedenfalls wirklich!“ Die eine Million betrachtete sich als das Herrenvolk, unbefleigt und über allem Recht und Besitz thronend, unendlich reich, stark, gebietend über die Welt und fähig, jeden Augenblick die fünfzig Millionen nach ihrem Willen zu lenken, zu beugen, zu zerstückeln.

„Die Möglichkeit solcher dummen und blinden Einbildungen will ich nicht leugnen. Diese Million war offenbar in ihrer endlosen Not geistig entartet und unterlag den Suggestionen des Größenwahnsinns. Auf solchem Boden mußte ja jede geistige Erkrankung wuchern. Indessen diese Wahnvorstellungen gingen die anderen nichts an. Sie lachten darüber.“

„Keineswegs!“ Die eine Million dachte nur, was die fünfzig Millionen fühlten. Dieses große und rüchtige Volk von fünfzig Millionen lebte in dem Gedanken, daß es ohnmächtig sei, jederzeit von den Nachbarn völlig zertreten werden könne. Sie fürchteten das Volk, das Land, die Kohle, die Waffen der einen Million!

„Aber das war doch samt und sonders weislicher Spuk!“

„Das glaubten die anderen keineswegs. Zwar fühlten sie das Unerträgliche, daß alle Kraft, alle

ihre Arbeit, ihr Glend nicht linderte, aber sie sahen kein Mittel das Glück und die Macht zu erobern. Ihnen fehlte alles.“

„Fehlte? Sie brauchten doch nur hinüberzugehen und zu holen, was sie brauchten. Wer hätte ihnen widerstehen können?“

„Sie sind schließlich auch über den Bach gekommen.“

„Nun also!“ triumphierte der Forscher und Denker.

Und sie erneuten für jene die Paläste, bestellten für jene die Feder, holten für jene die Schätze aus dem Boden, schleppten für jene das Gold und bebenteten für jene die Kanonen, Gewehre und Panzerschiffe. Ganz wehrlos, ganz ohnmächtig fügten sie sich, schmachteten in Glend und Not. Und die besten unter ihnen marterten sich die Köpfe, welche Mittel es wohl für sie gäbe, der Uebermacht der einen Million Herr zu werden. Sie erkannten sich hundert Methoden und verwarfen sie alle wieder als unmöglich, als zwecklos.

„Sie reden von einem Reich des Wahnsinns,“ lachte der Denker und Forscher.

„Ich rede von gestern und heute und morgen, von euch und uns, von einer Wirklichkeit, die ihren Wahnsinn als Vernunft, und ihre Vernunft als den Wahnsinn gesehlich festlegte!“

„Das ist ja tolle Phantasie,“ erklärte der Professor, „Gespensergeschichten aus Nebelheim, wo man den Golem als Gott fürchtet. Die fünfzig Millionen hatten doch alle Mittel der Macht und die eine Million keines. Was brauchten die fünfzig Millionen da erst nach Wegen suchen, sie ersticken ja fast im Ueberfluß der Machtmittel!“

in der Voraussetzung, daß es Aufgabe der Gewerkschaften selbst sei, die Interessen der Arbeitsunfähigen wahrzunehmen. Der Ausschuss schloß sich dieser Auffassung an und sprach sich dahin aus, daß die Arbeitersekretariate und die Gewerkschaften sich tatkräftig der Invaliden annehmen möchten.

Ueber den § 23 der Bundesstatuten waren Meinungsverschiedenheiten entstanden, wann ein Beschluß des Ausschusses für alle Gewerkschaften verbindlich sei. Der Ausschuss gab seiner Auffassung dahin Ausdruck, daß ein Beschluß, der gemäß § 23 nicht einstimmig angenommen werde, in einer nächsten Ausschußsitzung durch einfache Mehrheit zur verbindlichen Geltung erhoben werden könne.

Zur Frage der Beteiligung lebenswichtiger Betriebe bei Generalstreiks wurden die Gewerkschaftsvorstände ersucht, für ihre Verwaltungsorgane Richtlinien über das Verhalten ihrer Mitglieder in solchen Fällen aufzustellen.

Zur Aufnahme in den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund haben sich gemeldet: Der Allgemeine Schweizerbund und der Verband des Sanitäts- und Lazarettpersonalis. Dem Anschluß des ersteren wurde zugestimmt, dem letzteren Verband dagegen als Konkurrenzorganisation die Aufnahme verjagt.

Aus unseren Zahlstellen.

Mainz. Am 21. Juli fand im „Goldenen Pflug“ eine Mitgliederversammlung statt, die den Bericht vom 7. Verbandstag von seiten des Kollegen Müller entgegennahm. Der Redner verstand es, in einstündiger Ausführung der Kollegen die praktische Ergebnisse der Verbandstagsbeschlüsse klar vor Augen zu führen. Er verteidigte die Tarifpolitik des Vorstandes gegenüber der sog. Opposition. Nachdem Kollege Müller noch eingehend die neue Regelung der Beitrags- und Unterstützungssätze erläutert hatte, schloß er seine Ausführungen mit der eindringlichen Mahnung an die Mainzer Kollegenschaft, einzig zu sein und an dem Ausbau der Organisation kräftig mitzuarbeiten. Die Versammlung gab ihre Zustimmung zu den Beschlüssen des Verbandstages durch folgende Entschlüsse: Die am 21. Juli im „Goldenen Pflug“ in Mainz stattgegebene Mitgliederversammlung des Kreisvereins Mainz erkennt die Beschlüsse des 7. Verbandstages in Frankfurt a. M. für sich als bindend an und verpflichtet sich, diese Beschlüsse anzuführen im Interesse der Gesamtorganisation Deutschlands. Die Mainzer Kollegenschaft ist gewillt, die positive Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen ihres Gewerbes im Rahmen der zentralen Tarifgemeinschaft und in Anlehnung an das gesamte graphische Gewerbe zu unterstützen und spricht der Zentralleitung in Berlin ihr Vertrauen aus.

Widau. Die Zahlstelle hat sich unter der Leitung der Kollegin Stopp gut entwickelt. Die wirtschaftlichen Erfolge sind nicht zuletzt auch ihrer regen Tätigkeit zu verdanken. In einer außerordentlichen Mitgliederversammlung am 25. Juni, an der Gauleiter Kollege Franz Hermann-Dresden

„Ja,“ jagte ich, und das Blut drang mir zum Herzen. „Sie hatten wohl alle Mittel, die Welt für sich zu erobern; das kleine, winzige Lichtfünkchen, das die Macht über alles Glend bedeutet, das Fünkchen, das im Gehirn aufleuchtet: die Erkenntnis.“

Kurt Eisner.

Sozialist sein heißt keineswegs bloß den Triumph einer bestimmten Partei vorzubereiten, einen bestimmten Teil des Volkes einfach zur Macht bringen. Nein, es heißt arbeiten für eine Gesellschaftsordnung, in der alle aktiven Kräfte harmonisch verbunden werden und zu aller Nutzen zusammen wirken sollen. Das gilt für die Kinder eines Landes sowohl als auch für die verschiedenen Nationen. Frieden soll an Stelle des Krieges treten, gegenfeitige Dienste und Sympathie an die Stelle freitenden Eigenwillens und die Solidarität der Interessen an die Stelle der Zügellosigkeit, der Selbstsucht, August Bebel.

Der vorstehende Ausspruch unseres unvergesslichen Genossen Bebel eignet sich vorzüglich als Wandspruch und sollte in keiner Arbeiterwohnung fehlen. Fort mit allem Miß. In der Häuslichkeit unserer Genossen hat er nichts mehr zu suchen. Der Wandspruch ist auf Rotendruckpapier (24,5 x 34,5) in zwei Farben, rot und schwarz, sauber gedruckt, im Verlage des Bildungsverbandes der Deutschen Buchdrucker, G. m. b. H., Leipzig, Salomonstraße 8 III, erschienen und zum Preise von 2 Mark portofrei zu beziehen.

teilnahm, wurde die Arbeit der Vorsitzenden dankbar anerkannt. Sie erklärte sich bereit, das Amt bis zum Jahresabschluss weiter auszuüben; da die Zwickauer Mitglieder aus ihren Reihen keinen Delegierten zum Verbandstag entsenden konnten, wurde Koll. Mierisch-Dresden gewählt. Die Weigerung der Firma Kramer, die vereinbarten Teuerungszulagen zu zahlen, führte zu dem Beschluß, diese Angelegenheit dem dortigen Betriebsrat zu übergeben.

Kundigman.

Der Formstehertarif für allgemein rechtsverbindlich erklärt. Der zwischen dem Verband der Lithographen, Steindruckern und verwandten Berufe und dem Verband Deutscher Formstehereibesitzer am 19. Oktober 1919 abgeschlossene Reichstarif mit seinen Nachträgen vom 7. Februar 1920 und 19. April 1920 ist mit Wirkung vom 15. April ab für allgemein verbindlich erklärt worden. Mit dieser Verbindlichkeitsklärung schließt eine Auseinandersetzung zwischen dem Verband und dem Arbeitsministerium über die Frage: Regelung des Lehrlingswesens durch Tarifvertrag und Erklärung der Verbindlichkeit ab.

Die beantragte Verbindlichkeitsklärung des Reichstaries für das deutsche Lithographie- und Steindruckergewerbe konnte nur dadurch vom Reichsarbeitsministerium erhalten werden, daß der Anhang I, Bestimmungen über den Organisationszwang und der § 5, Lehrlingswesen, zurückgezogen wurden. Nach längeren Auseinandersetzungen mit dem Reichsarbeitsministerium kamen beide Vertragsparteien überein, den Forderungen des Arbeitsministeriums nachzukommen, jedoch beschloß der Verbandsvorstand, beim Formstehertarif den Kampf um die Verbindlichkeitsklärung des Lehrlingswesens durchzusetzen.

Dieser Kampf ist auch durchgefochten worden und der Tarifvertrag für das deutsche Formstehergewerbe mit Ausnahme der Bestimmungen über den Organisationszwang für allgemein verbindlich erklärt worden. Die noch beim Tarif für das deutsche Lithographie- und Steindruckergewerbe gemachten Einwendungen gegen die Erklärungen der Verbindlichkeit der Bestimmungen über das Lehrlingswesen konnten beseitigt werden. Zwar hat es manche Mühe und Arbeit verursacht und die Verbindlichkeitsklärung hat lange auf sich warten lassen, aber das Ziel, auch die Bestimmungen über das Lehrlingswesen mit in den Kreis der für verbindlich erklärten Tarifpositionen einzureichen, ist erreicht und der Weg für Tarife mit gleichen Bestimmungen freigemacht worden.

Laufende Teuerungszuschläge für Kriegshinterbliebene. Vom 1. August d. J. ab werden den Hinterbliebenen solcher Militärpersonen der Unterlassen, die nach dem 31. Juli 1914 im Kriegsdienst gestorben sind, laufende Teuerungszuschläge gewährt werden, die Abschlagszahlungen auf die nach dem Reichsversorgungsgesetz zustehenden Bezüge darstellen und bei der Neueinstellung dieser Bezüge in Anrechnung gebracht werden. Die Teuerungszuschläge sind nach Ortsklassen abgestuft und betragen 20—70 vom Hundert der bisher gezahlten Bezüge.

Proletarische Jugend. Sobald sich der Uebergang der proletarischen Jugend in das erwerbsfähige Alter vollzieht, beginnt ein außerordentliches Anschwellen der Sterblichkeit. Zu diesem Resultat kommt Kapitelung in einem im Archiv für soziale Hygiene wiedergegebenen Vortrage. Die Sterblichkeit vollzieht sich beim männlichen Geschlecht um das Vierfache, beim weiblichen um mehr als das Dreifache. Und die Ursache? Das wirtschaftliche Los des Ernährers! Was folgt daraus?

Kein Achtstundentag in Nordamerika. Aus Washington wird laut „Bayerzeitung“ Nr. 216 vom 3. Mai 1920 gemeldet: In der letzten Sitzung der außerordentlichen Session des Parlaments beauftragte die Regierung die in den sozialistischen Blättern veröffentlichten Berichte, daß sie es für undurchführbar halte, den auf dem Washingtoner Arbeitskongreß geforderten Achtstundentag allgemein einzuführen.

Ein Tag in der Schweiz — 930 Mk. Die „Deutsche Auswanderer-Zeitung“ berichtet unter dieser Ueberschrift in Nr. 17 (Mai 1920): In einem an die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ gerichteten Briefe wird über die gegenwärtigen Tageskosten des Aufenthalts in der Schweiz folgende Zusammenstellung gemacht:

Hotelzimmer	20	Frz.	=	300	Mk.
Heizung	2	"	=	30	"
Frühstück	3	"	=	45	"
Ernttag	4	"	=	60	"
Vormittagsimbiss	3	"	=	45	"
Mittagstisch	10	"	=	150	"
Abendessen	15	"	=	225	"
Kleine Ausgabe	5	"	=	75	"

Tagesausgabe Summa: 930 Mk.

Eingegangene Druckschriften.

Das Reichseinkommensteuergesetz. Das von der Nationalversammlung beschlossene Einkommensteuergesetz hat die Besteuerung auf eine ganz neue Grundlage gestellt. Zunächst ist die Vereinheitlichung der Einkommensbesteuerung für das ganze Reich durchgeführt worden. Die alten einzelstaatlichen Einkommensteuergesetze sind aufgehoben, auch das Recht der Kommunen, bestimmte Zuschläge zur Staatsinkommensteuer zu erheben, ist bis auf eine Ausnahme beseitigt. Insbesondere für die Arbeiter, Angestellten und Beamten bringt das neue Gesetz einschneidende Veränderungen, denn die Besteuerung erfolgt bei ihnen von jetzt an an der Quelle, d. h. die Steuer wird zum Teil in Form des Lohnabzugs erhoben, und soweit damit die Steuerleistung nicht erschöpft ist, wird durch genaue Angabe des Einkommens durch den Unternehmer die Möglichkeit gegeben dieses restlos für die Steuer zu erfassen. Die Forderungen von der Verlagsgenossenschaft „Freiheit“ herausgegebene Broschüre „Das Reichseinkommensteuergesetz“, mit Einleitung und Erläuterungen von Eugen Prager, gibt einen erschöpfenden Überblick über alle Einzelheiten des neuen Gesetzes. Auch über die Art der Verurteilung in Steuerfachen, der Rechtsmittel, der Vertretung in Steuerangelegenheiten macht die Schrift alle notwendigen Angaben. Von besonderem Wert ist eine ausführliche Steuer-tabelle, die die Berechnung der Steuer sofort möglich macht. Die Schrift kostet 4 Mk. Ihre Anschaffung kann aufs wärmste empfohlen werden.

Der Mieterschutz. Ausführliche Erläuterungen der geltenden Mieterschutzgesetzgebung, insbesondere der Höchstmietordnung vom 9. Dezember 1919 von Dr. Paul Herz und Dr. Kurt Woenheim. Verlagsgenossenschaft „Freiheit“, Berlin E. 2, Breiterstr. 8/9.

Vom Deutschen Buchbinderverband. Protokoll des 13. Verbandstages zu Würzburg Reichslohntarif (Afforttarif) für Buchbinder mit Nachtrag. Reichstarif für das Buchbinderergewerbe mit Nachtrag, Reichstarif für die Ein- und Kartonnagenindustrie, Statut des Verbandes mit Ausführungsbestimmungen.

Otto Kühle, Neues Kinderland. Ein kommunistisches Schul- und Erziehungsprogramm. Aus Gesellschaft und Erziehung Nr. 10 mit einer Umschlagzeichnung von Heinrich Vogeler. Verlag Gesellschaft und Erziehung G. m. b. H., Berlin-Fichtenau 1920. 8° Preis Mk. 2,50.

Ratgeber für Kriegshinterbliebene nach dem neuen Reichsversorgungsgesetz vom 12. Mai 1920, Herausgeber Reg.-Rat Erich Rohmann. Verlag Gesellschaft und Erziehung G. m. b. H., Berlin-Fichtenau, Preis Mk. 4,50.

Otto Kühle, Kind und Umwelt. Eine sozialpädagogische Studie. Aus Gesellschaft und Erziehung Nr. 7. Verlag Gesellschaft und Erziehung G. m. b. H., Berlin-Fichtenau. 1920. gr. 8°. 32 S. Mark 2,50.

Im Verlage des D. V. V. (S. Michaelis), Berlin SO. 16, Engelauer 19, erschien soeben: Die Erdölung der deutschen Ernährungsfond von Georg Davidsohn. Die Schrift enthält reiches statistisches Material über den Verbrauch der wichtigsten Nahrungsmittel sowie der alkoholischen Getränke. Preis 80 Pf. Gegen Einzahlung von 0,90 Mk. auf Postcheckkonto Berlin Nr. 34411 (S. Michaelis) erfolgt portofreie Zusendung.

Die Internationale. Tragikomödie in 4 Akten von Emil Hallupp. Preis Mk. 4,—. „Freiheit“-Buchhandlung. Berlin E. 2, Breiter Straße 8/9.

Abrechnungen.

Abrechnungen für das 2. Quartal gingen ein aus:
 Gau 3: Karlsruhe 5840.— Mk.
 Gau 5: Annaberg 894,90, Baunzen 7128,65, Döbeln 369,24, Ebersbach 180,60, Chemnitz 6521.—, Großenhain 417,75, Glaucha 435,70, Wöbau 110,20, Leberan 157,25, Plauen 999.—, Werdau 227.—, Zittau 1029,10, Zwickau 2490,70 Mk.

S. S. o. a. h. l.

Nachruf.

Am 6. Juli 1920 verstarb nach kurzer, schwerer Krankheit unsere liebe Kollegin

Paula Schaaf

(i. Fa. Ullmann)

im 19. Lebensjahre.

Ein treues Gedenken bewahrt ihr

Die Bahnhalle Bitterkau t. S.

Nachruf.

Der Tod entriß uns am 12. Juli ein treues Mitglied, die Anlegerin

Charlotte Hennig

geb. Wohlgemuth

(i. Fa. Hartungsche Zeitung).

Am 20. Juli verstarb unsere Kollegin Frau

Frída Dunkel

geb. Fall

(Anlegerin in der Druckerei M. Miller).

Ein ehrendes Andenken bewahrt den Verstorbenen

Die Metallbedruckerei der Bahnhalle Königsberg (Pflur).

Nachruf.

Am 12. Juli 1920 verstarb nach längerem Krankenlager unser langjähriges Mitglied und Mitbegründer unserer Bahnhalle, der Kollege

Karl Schrab

(i. Fa. Bauer & Co.)

im Alter von 67 Jahren.

Der Verstorbenen war ein Jahrzehnt lang Kassierer unserer Bahnhalle und hat uns in dieser Eigenschaft wertvolle Dienste geleistet, wofür wir ihm zu großem Danke verpflichtet sind.

Am 18. Juli 1920 verstarb im blühenden Alter von 22 Jahren unsere Kollegin

Sophie Wöhrl

(i. Fa. Deutsche Verlagsanstalt).

Ein ehrendes Andenken bewahrt den Verstorbenen

Die Bahnhalle Stuttgart.

An unserer lieben Kollegin **Babette Fesemeler** mit Herrn **Jacob Stengl** die besten Glückwünsche zur Vermählung.
 Die Kolleginnen und Kollegen der Firma **Jos. C. Häber, Diefen a. A.**

An unserer lieben Kollegin **Anna Henneborn** zu ihrer Vermählung die herzlichsten Glückwünsche.
 Bahnhalle **Ashersleben.**